

Torsten Windels

Was ist Wirtschaft oder: Wie geht Wachstum?

Die dritte und vierte Dimension der Ökonomie

1. Einleitung

Seit dem Jahr 2007 schleppt sich die globale, insbesondere die US- und EU-Konjunktur von Krise zu Krise, mit immer neuen und auch überraschenden Wendungen. Die vorgeschlagenen Krisenlösungen hängen natürlich von der Krisendiagnose ab. Diese ist aber aktuell sehr uneinheitlich und umstritten. Viele Rettungsinstrumente, wie die Liquiditätsspritzen der Notenbanken oder das „deficit spending“ der Fiskalpolitik verhindern zwar den Absturz, bieten aber keine Genesung ohne Nebenwirkungen. Die praktische Anti-Krisenpolitik gerät dabei immer wieder in Konflikt mit der Ordnungspolitik und der Lehrbuchökonomie. Dieser Konflikt ist dabei weniger ein Problem der Antikrisenpolitik, die sehr flexibel Schlimmeres verhindert hat, aber nicht den Weg zum Besseren findet. Die Diskussion kommt vom Kopf auf die Füße, wenn sie sich der Krise der Volkswirtschaftslehre zuwendet. Die Interpretation von Ökonomie ist verkürzt und trägt Verantwortung an der krisenhaften Entwicklung, da die Leitbilder zur Gestaltung von Rahmenregeln aus „realitätsfernen Micky-Maus-Modellen“ (Bofinger 2012) stammen, deren Scheitern eigentlich kaum verwundern kann.

Volkswirtschaftslehre ist immer auch eine Kunst des Reduzierens. In der Theorie wird dies Aggregation oder Modellbildung genannt. Manchmal, manche sagen vielfach, wird das Ergebnis aber zum Zerrbild des Erkenntnisobjekts.

Die komparative Statik als überwiegend verwendete Methodik in der Volkswirtschaftslehre reduziert die Analyse auf zwei Dimensionen, die abhängige (z.B. Absatzmenge) und unabhängige (z.B. Preis) Variable. Der Rest wird, *ceteris paribus* (lat.: „Alles andere bleibt gleich“) fixiert. In einer Analogie aus der Physik entspräche dies Höhe und Breite. Modelltechnisch korrekt, methodisch aber unangemessen und inhaltlich doch zu wenig, um

mit Verweisen auf eine auf behauptete Selbststabilisierung des Marktsystems das Wesen der Wirtschaft beschrieben zu haben. Um im Bild zu bleiben, sind meines Erachtens zur besseren Erklärung mindestens auch die dritte und vierte Dimension zu berücksichtigen, also Tiefe und Zeit. Für die Wirtschaftstheorie sind Tiefe und Zeit zu übersetzen in Raum und Geschichte, d.h., es sind Fragen der räumlichen Bedingungen (Faktorausstattungen, Netzwerke, Mentalitäten, großer/kleiner Markt etc.), der zeitlichen Dynamiken (technisch induzierte Impulse etc.) sowie der historisch-institutionellen Eingebundenheiten (deutsche Einheit, Verteilungskonflikte etc.), sogenannte Pfadabhängigkeiten zu beachten. Oder einfacher ausgedrückt, es ist eben nicht gleichgültig, wann, wo, wie und mit wem ich wirtschaftlich aktiv bin.¹

Die Weiterentwicklung der Wirtschaftstheorie steht aktuell ganz oben auf der Agenda. Nur durch die Renovierung des wirtschaftswissenschaftlichen Gedankengebäudes können wichtige Probleme der wirtschaftlichen Gestaltung gelöst werden. Dies beginnt mit einer Kritik am bestehenden Lehrbetrieb der Volkswirtschaftslehre und der Produktionslogik ökonomischen Wissens (Kapitel 2). Im Weiteren geht es um die Finanzmarktkrise und makroökonomische Gleichgewichte (Kapitel 3), deren Steuerung (Kapitel 4) und die Marktregulation (Kapitel 5).

2. Wirtschaft, das unbekannte Wesen

Angesichts der offensichtlichen Unvollkommenheiten institutioneller Regelungen im Euroraum bei der Abwehr und Verarbeitung von Finanzmarktstörungen scheint die Zeit reif zu sein, den europäischen Einigungsprozess auf eine neue Ebene zu heben.²

Der Euro galt vielen Skeptikern als Frühgeburt auf dem langen Weg zur europäischen Integration. Diese

¹ „Die Gesamtheit der Veränderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Nationen, von denen die Wirtschaftsgeschichte berichtet, besteht aus überaus komplizierten Phänomenen, in deren Wesen und Wechselwirkungen wir nur sehr geringe Einsicht haben. (...) Noch viel weniger aber alle jene Phänomene, die sich aus der Wechselwirkung der Wirtschaft und des Nichtwirtschaftlichen im Völkerleben ergeben.“ Josef Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 1912, S. 466, zitiert nach dem Nachdruck, Berlin 2006. Viel weiter sind wir heute auch nicht.

² Die Alternative durch eine Überforderung der Euro-Nationen, ihrer Bevölkerungen und Regierungen mit einem Rückfall auf nationale Lösungsstrategien wäre meines Erachtens für Europa äußerst schädlich, ist aber absolut nicht ausgeschlossen.

Skeptiker fühlen sich heute bestätigt. Nach ihrer Auffassung müssten zunächst auf anderen politischen Ebenen Harmonisierungen erfolgen und die Währung könnte diesen Einigungsprozess zum Abschluss krönen (Krönungstheorie). Die von den Skeptikern angemerkten institutionellen Mängel waren auch den Euro-Befürwortern nicht verborgen geblieben. Für sie sollte der Euro eine Klammer bilden, der den notwendigen Druck erzeugen würde, um die Integrationsfortschritte auch auf den anderen institutionellen Feldern voranzutreiben. Diesen Punkt scheinen wir nun erreicht zu haben. Haben die Skeptiker Recht, bricht die Eurozone auseinander und der europäische Integrationsprozess erfährt einen ersten Rückschlag. Bislang ist hingegen festzustellen, dass die EU-Regierungen angesichts der gravierenden fiskalischen und ökonomischen Differenzen auf ein engeres fiskalisches Zusammenrücken setzen. Dies kann sich freilich rasch ändern.³

Während die französische Regierung schon mit der Einführung des Euro 1999 darauf drängte, auch eine Wirtschaftsregierung zu bilden, um auch auf der Ebene der Wirtschafts- und Fiskalpolitik ein Pendant zur europäisierten Geldpolitik zu schaffen, lehnte dies die deutsche Seite bisher kategorisch ab. Erst unter dem Eindruck der Euro-Staatsschuldenkrise zeigte sich auch die deutsche Bundesregierung zunehmend offen für ein Mehr an politischer Koordinierung und eine Annäherung an die Begrifflichkeit einer Wirtschaftsregierung. Dieser Erkenntnisgewinn auf deutscher Seite darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es angesichts sehr unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftskulturen keinen Konsens in der EU gibt, wie Wirtschaft am besten zu organisieren sei und was Wachstum ausmacht.

Da dies auch generell nicht bestimmt ist, beschränkt sich der Mainstream der Ökonomenzunft auf die Beschreibung eines abstrakten Rahmens. Ein stabiler Rechtsrahmen mit definierten Eigentumsrechten, Vertragsfreiheit, am Eigennutzen orientierten Wirtschaftssubjekten, die aus Einkommens- und Gewinnmotiven Produkte und Dienstleistungen herstellen, handeln und nach Verbesserungen in Verfahren und Angeboten streben, schafft durch die Vermittlung über offene Märkte Wohlstand und Wachstum.

Dass dies in der Mehrzahl der Länder auf der Welt nicht so gut funktioniert, stört dabei kaum die weitere Behauptung, dieser nicht falschen, aber vielleicht unzureichenden Wohlfahrtsvoraussetzungen. Rolle des Staates / der Institutionen, Faktorausstattungen (Rohstoffe, Demografie, Qualifikation, Kapital), Einkommens- und Vermögensverteilung sowie externe Effekte, asymmetrische Informationen, zyklische Schwankungen und öffentliche Güter (Infrastrukturen, Bildung, Forschung) sind bekannte und anerkannte Problemthemen der modernen Wirtschaftstheorie, die in den Volkswirtschaften sehr unterschiedlich beantwortet werden und unterschiedlich erfolgreich sind. Auch mental gibt es große Unterschiede. Die Risikoneigung des Durchschnittsbriten ist anders als die des Durchschnittsdeutschen. Entsprechend unterschiedlich sehen die Unternehmensfinanzierungen, Sozialversicherungsinstitutionen und Reaktionen auf politische Maßnahmen aus. Es gibt keinen Königsweg zum Wohlstand und nicht alle Wege zum (Nutzen-)Glück führen über den Markt.⁴ Auch wenn dies im Kern der Volkswirtschaftslehre gerade mit Verweis auf Adam Smith immer noch behauptet wird.

³ Vgl. z. B. die Divergenzen in der FDP um die Mitgliederbefragung zur Abstimmung bezüglich der Aufstockung des EFSF-/ESM-Rettungsschirms (z. B. Rösler gewinnt FDP-Abstimmung über Euro-Rettung, Die Zeit, 16.12.2011) oder die verschiedenen Zwischenrufe aus der CSU, z. B. Friedrich empfiehlt Athen den Euro-Austritt, Frankfurter Rundschau, 27.02.2012.

⁴ Nur eine kleine Randnotiz zur Lebenszufriedenheitsforschung. Auch hier sind die neueren Erkenntnisse aus Verhaltens- und Gehirnforschung schon früher erkannt worden: „Mag man den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis machen, obgleich er keinen anderen Vorteil daraus zieht als das Vergnügen, Zeuge davon zu sein.“ Adam Smith, Theorie der ethischen Gefühle, 1759, S. 1 zitiert nach Tomáš Sedláček, Die Ökonomie von Gut und Böse, München 2012, S. 242.

Im fünften Jahr der Krise hat auch unter deutschen Volkswirten ein Nachdenken begonnen⁵. Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, ist zustimmen, wenn er Studenten heute empfiehlt, Wirtschaftswissenschaften in Kombination mit anderen Fächern wie der Anthropologie oder der Psychologie zu studieren. Die Zweidimensionalität der mathematischen Ökonomik ist offenbar auch ihm zu wenig.⁶

„Realitätsfern“ (Bofinger 2012), „Viel zu spezialisiert!“, „Fachidioten“⁸ lautet die neue Kritik von Ökonomen an ihren Gedankengebäuden. Der schon öfter beschworene Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre scheint nun nötig.⁹

Neben der Lehre stellen Snower und Straubhaar auch die Anreizstrukturen zur Produktion wissenschaftlicher Aufsätze infrage, die für eine Neuausrichtung gerade einer

interdisziplinären Wirtschaftswissenschaft ein großer Hemmschuh sein dürften. Zu eingefahren ist die (quantitative) Ausrichtung auf Veröffentlichungsrankings und zu überzeugend einfach die Produktionslogik modellbasierter, detailverliebter, quantitativer Fließbandarbeiten (Datensatz + Modell + Interpretation = Aufsatz 1; gleicher Datensatz + modifiziertes Modell + Interpretation = Aufsatz 2; ...). Auch die volkswirtschaftlichen Fachkonferenzen strotzen vor „papers“. Klein bis sehr klein ist die Gruppe der Interessenten, die dann häufig einen technisch-mathematischen Modelldialog führen (Qualität der Daten, Modellspezifikation, statistische Tests, Modellierungssoftware). Auf der Strecke bleiben inhaltliche Debatten über das „Ganze“ der Volkswirtschaft, aktuelle Probleme in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik (Straubhaar 2012, Frey & Osterloh 2012, Binswanger 2012).

⁵ In den USA oder Großbritannien ist die Kritik der ökonomischen Theorie schon länger zu spüren. „Es gibt einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft, der auch mit der Krise zu tun hat. Die Verhaltensökonomie rückt stärker in den Vordergrund. Dabei spielen im Gegensatz zur herkömmlichen Wirtschaftstheorie Disziplinen wie Psychologie, Anthropologie und Soziologie eine tragende Rolle.“ George Akerlof in der Financial Times Deutschland am 15.04.2009. Vgl. auch diverse neuere Literatur z. B. George A. Akerlof, Robert J. Shiller; *Animal Spirits*, Frankfurt a.M. 2009, Robert Skidelsky, *Die Rückkehr des Meisters*, München 2010, oder die Gründung des Institute for New Economic Thinking (INET) im Oktober 2009. Auch die Wirtschaftsnobelpreise der letzten Jahre richteten sich öfter an Kritiker des Mainstreams (Akerlof/Spence/Stiglitz/Krugman) oder neuen „Nebengebieten“ (z. B. Kahnemann/Smith, Ostrom).

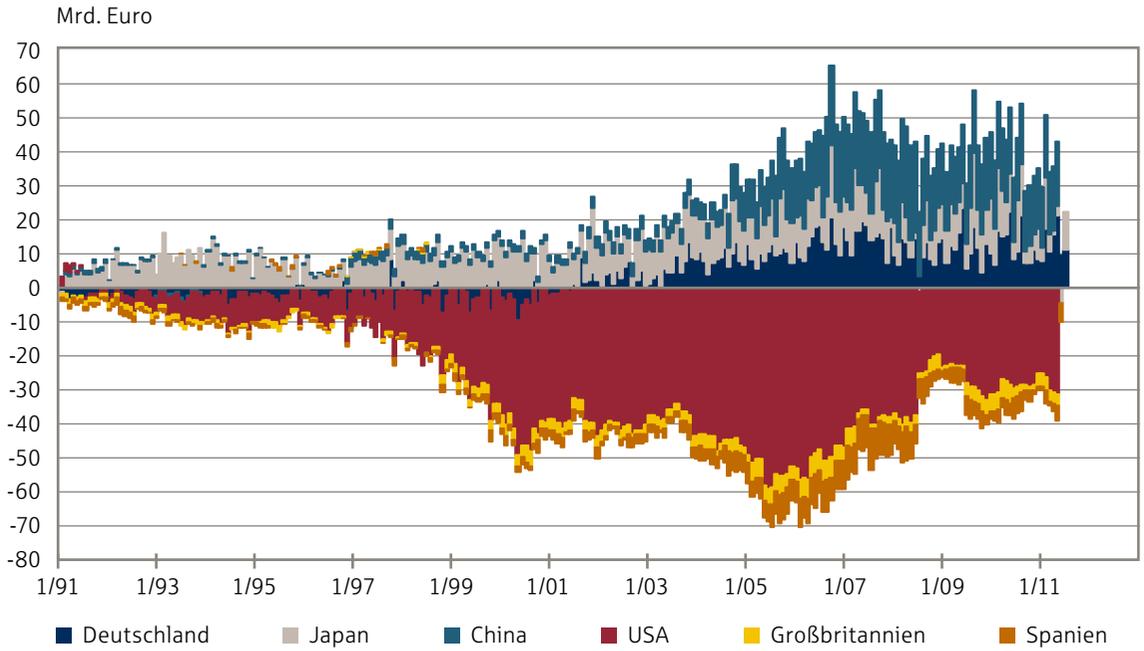
⁶ „Wirtschaftswissenschaftler halten viele analytische Werkzeuge parat, mit denen wir komplizierte Probleme lösen können. Weil Ökonomen so rigorose Modelle entwickelt haben, sind sie in der Politikberatung einflussreicher als etwa Soziologen. Und ich glaube, dass wir auch in 20 Jahren noch mit diesen mathematischen Instrumenten arbeiten werden – selbst wenn sie in der Vergangenheit falsch verwendet wurden. (...) Deshalb empfehle ich jungen Menschen, Ökonomie zusammen mit Soziologie, Anthropologie, Psychologie und Philosophie zu studieren. Daraus ergeben sich viele Einsichten, die hergebrachte ökonomische Modelle nicht bieten. Etwa dass Menschen einander stark beeinflussen; dass zwischenmenschliche Beziehungen große Auswirkungen auf unser Verhalten haben. Das alles ist in der traditionellen Ökonomie so gut wie nirgends zu finden.“ Dennis Snower, in Financial Times Deutschland 17.01.2012.

⁷ Thomas Straubhaar, „Schluss mit dem Imperialismus der Ökonomen“, Financial Times Deutschland, 05.03.2012. Dort auch: „Ich traue den alten Weisheiten nicht mehr, die mich geprägt haben (...) Die Globalisierung der Finanzmärkte hat die gängige Lehre überrollt (...) Der Rat der Ökonomen wird immer noch wichtig sein, aber wir werden uns stärker einreihen in die Riege von Sozialwissenschaftlern, Ökologen, Historikern, Psychologen. Die Krise bedeutet auch das Ende des ökonomischen Imperialismus, dieses Glaubens, dass wir über den anderen Wissenschaften stehen.“ Ähnlich auch: „Bevor sie ein eigenständiges Gebiet wurde, lebte die Ökonomie ganz zufrieden im Schoße der Philosophie (beispielsweise der Ethik); damals war sie himmelweit vom heutigen Konzept einer mathematisch-allokativen Wissenschaft entfernt, die auf die ‚weichen‘, nicht exakten Wissenschaften mit einer Verachtung hinunterblickt, die auf positivistischer Arroganz beruht.“ Tomáš Sedláček, *Die Ökonomie von Gut und Böse*, München 2012, S. 15.

⁸ „Wir leben tendenziell in einer Gesellschaft von ‚Fachidioten‘ – jeder ist ein ‚Experte‘ für ein kleines Detail, aber keiner ist fähig, Details in einen größeren Zusammenhang zu stellen oder ein Gesamtbild zu formen.“ Tomáš Sedláček, „Wir müssen Stabilität kaufen“, *Hannoversche Allgemeine Zeitung* 07.04.2012.

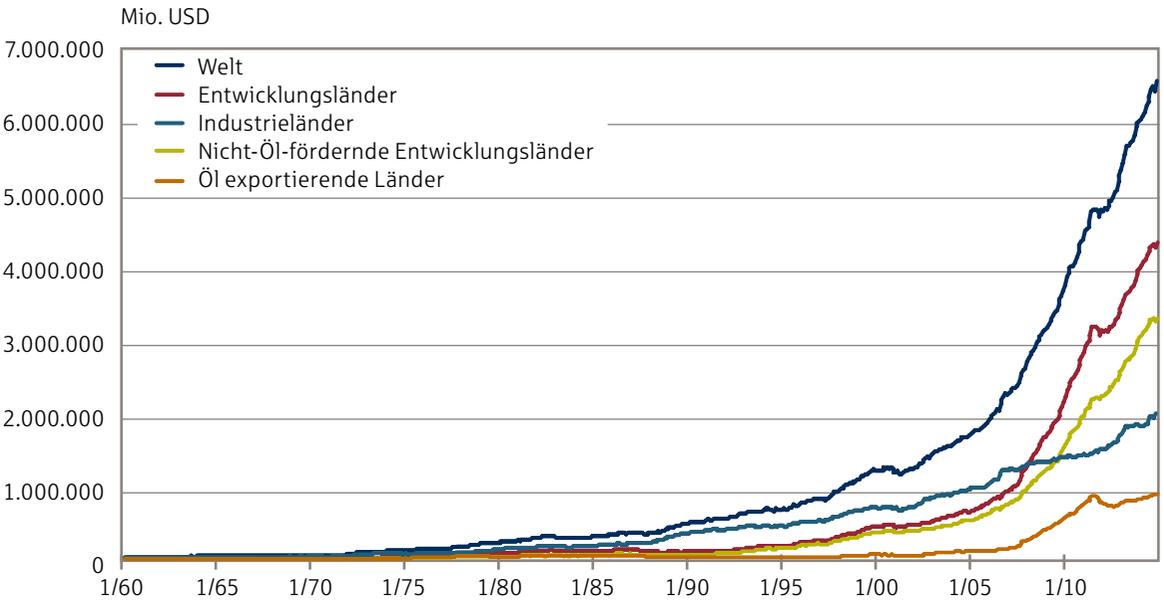
⁹ „Die klassischen Naturwissenschaften (...) haben derartige Paradigmenwechsel bereits hinter sich. Sie sind alle durch eine Phase gegangen, in der sie zunächst die beobachtbaren Phänomene gesammelt, beschrieben und sortiert haben. Dann wurden die Dinge in alle Einzelteile zerlegt, und wo das ging, wurden die Eigenschaften dieser Teile so genau wie möglich untersucht. Nachdem man lange genug vergeblich versucht hatte, das Ganze aus der immer genaueren Kenntnis seiner Teile zu verstehen, war irgendwann eine Stufe erreicht, auf der einzelne begannen, nun auch gezielt nach unsichtbaren Kräften und Dimensionen zu suchen, die hinter den objektiv beobachtbaren und messbaren Phänomenen verborgen waren. Namen wie Kopernikus, Kepler, Schrödinger, Einstein, Bohr, Heisenberg und Planck markieren diese Wendepunkte unseres Weltverständnisses auf der Ebene der klassischen Naturwissenschaften.“ Hüther, Gerald, *Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn*, Göttingen 2010, S. 15. Hüther münzt dies zwar auf einen Paradigmenwechsel in der Biologie, es passt m. E. auch gut auf die Sprachlosigkeit der Überspezialisierung in der Volkswirtschaftslehre. Andererseits könnte die Auseinandersetzung mit den real beobachtbaren Problemen und dem Versuch einer (interdisziplinären) Erklärung schon weiterhelfen.

Abbildung 1: Leistungsbilanzsalden



Quelle: Eurostat

Abbildung 2: Entwicklung der Devisenreserven



Quelle: IWF

Rothschilds Commonsense Economics (1986)

1. „Es ist besser, eine wichtige Frage zu stellen, als eine unwichtige zu beantworten.
2. Es ist besser, eine Frage ungefähr richtig als präzise falsch zu beantworten.
3. Es ist besser, die Ökonomie als ein Teilgebiet der Sozialwissenschaft zu verstehen als die übrigen Teile der Sozialwissenschaften als noch nicht in die Geltung des ökonomischen Gesetzes einbezogene Randgebiete.
4. Es ist besser, davon auszugehen, dass gerade einfache Fragen komplizierte Methoden und lange Umwege erfordern können, als zu glauben, dass auf einfache Fragen stets einfache Antworten passen.
5. Es ist besser, die Methode dem Problem anzupassen, als das Problem auf die Methode zurechtzustutzen.
6. Es ist besser, die Theorie der Realität anzupassen, als die Realität in die Zwangsjacke der Theorie zu zwingen.
7. Es ist besser, bei Unsicherheit nicht alle Eier in einen Korb zu legen.“¹⁰

Wie aus der Newtonschen Physik die erkenntnisreichere, komplexere Einsteinsche Physik wurde, wäre es auch für Ökonomen angemessen, die Multidimensionalität ökonomischer Prozesse anzuerkennen und zu berücksichtigen, was andere Wissenschaftsdisziplinen über das Funktionieren von Individuen, sozialen Gruppen, Technologieentwicklung und Wirtschaftsräumen herausgefunden haben.

Bei der Betrachtung der aktuellen Krisenmomente lassen sich meines Erachtens drei Ebenen unterscheiden:

- Sichtbares: die Finanzmarktkrise
- Verborgenes: die realwirtschaftlichen Ungleichgewichte
- Unsichtbares: Regulation und makroökonomische (Un-)Gleichgewichte

3. Finanzmarktkrise – Spiegelung realer Handelsungleichgewichte

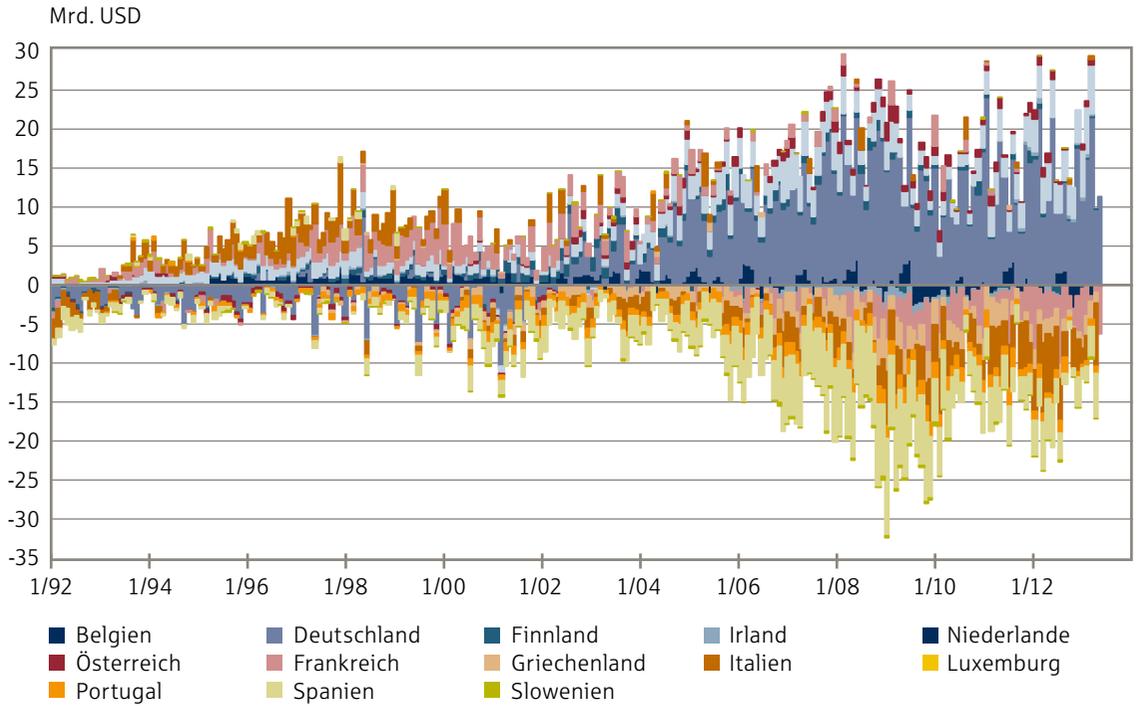
Zur Finanzmarktkrise wurde bereits viel geschrieben (Francke 2009, NORD/LB 2009, Holm 2012). Jenseits dieser Details stellt sich hier die Frage nach der Herkunft des fehlinvestierten Kapitals. Meines Erachtens resultiert dieses nicht allein aus einer zu expansiven Geldpolitik oder aus unkontrollierten Kreditschöpfungshebeln des Banksystems. Es wurde auch viel Realkapital in diese Blasenmärkte investiert und von diesen mit verursacht. Ist diese Hypothese richtig, ist zu fragen, ob dieser Prozess zufällig oder systematisch ist.

In der Außenhandelsstatistik fällt auf, dass eine Gruppe von Ländern systematisch Leistungsbilanzüberschüsse produziert. Hierzu zählen z.B. Deutschland, Japan oder China. Andere Länder erwirtschaften sehr regelmäßig und zudem ansteigende Leistungsbilanzdefizite. Hierzu zählen die USA, Großbritannien oder Spanien. Beschleunigt wurde diese globale Disparität durch das steile Anwachsen der Außenhandelsvolumina Chinas (seit 1995) und die Einführung des Euro (1999, zunehmende Ungleichgewichte im Euroraum).

Zusätzliche Beschleunigung erfuhr dieser Prozess durch das Umschalten vieler Emerging Markets nach den Währungskrisen in Asien, Russland und Brasilien 1997 bis 1999 (Argentinien folgte 2001). Bis 1997 erzielten beispielsweise Korea, Thailand, Indonesien, Malaysia

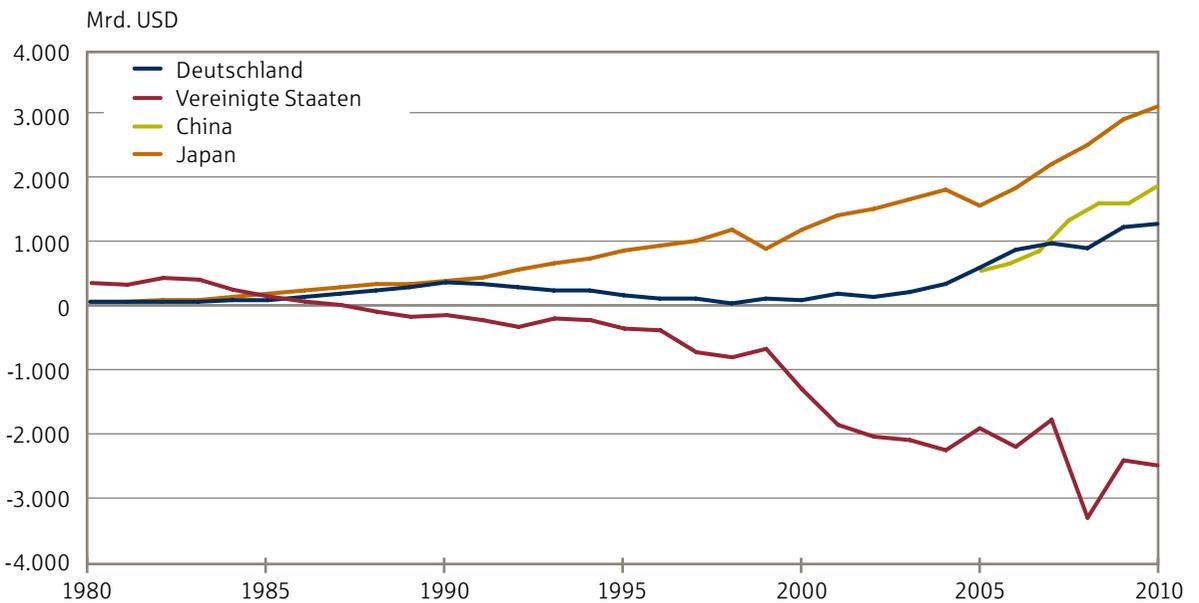
¹⁰ Gunther Tichy, Die sieben Verfassungsartikel von Rothschilds „Commonsense economics“, anlässlich der Emeritierung von Kurt W. Rothschild, Linz 1986. „Economics as a separate science is unrealistic, and misleading if taken as a guide in practice“, Bertrand Russell, Power: A New Social Analysis, Verlag Allen and Unwin, 1938, S. 139. Auch: „Vielleicht ist die Lehre gerade, dass es die einfachen Weisheiten nicht mehr gibt. Vielleicht war diese Einfachheit auch eine große Illusion. Die Welt ist zu komplex.“ Thomas Straubhaar, FTD 05.03.2012. Auch aus eigener Erfahrung darf ich auf eine vollständige Irritation der Hochschullehrer zur Frage ihrer Konsequenzen aus der Krise verweisen: Torsten Windels, Herausforderungen der Krise für die Wirtschaftswissenschaften, Vortrag an der Leuphana Universität Lüneburg am 25.06.2009.

Abbildung 3: Leistungsbilanzsalden in Euroland



Quelle: Eurostat

Abbildung 4: Vermögenstatus, netto



Quelle: IWF

deutliche Leistungsbilanzdefizite. Gedeckt wurden diese durch den Zufluss von (kurzfristigem) Portfoliokapital. Mit diesem Kapitalimport sollte ein beschleunigter Entwicklungsprozess ausgelöst werden. Deshalb empfahl der IWF seinerzeit allen Ländern die Liberalisierung der Kapitalmärkte. Mit dem Zusammenbruch dieser Blase wurde diesen Ländern schlagartig die Gefahr von kurzfristigen Portfolioinvestitionen deutlich. Das Kapital kommt, wenn die Investitionsbedingungen gut sind. Aber es geht auch schnell wieder, wenn Unsicherheit entsteht. Zurück blieb ein riesiger Schuldenberg in Fremdwährung, überwiegend US-Dollar. Als Lehre hieraus setzten diese Länder auf Export, um die Außenverschuldung abzubauen, und auf das Ansammeln von Devisenreserven, um ein Verteidigungspolster gegen unerwünschte Wechselkursbewegungen zu haben. Da diese Devisenreserven überwiegend auf US-Dollar (und deutlich geringer Euro) lauten, stellen diese Kapitalpuffer der Emerging Countries die Basis für Kapitalexporte in die USA (und nach Euroland) dar. Dies liefert auch einen fundamentalen Ansatzpunkt für die Erklärung steigender Leistungsbilanzdefizite in den USA und einigen EU-Staaten und niedriger Kapitalmarktzinsen. Bereits 1998 verfügten Indonesien, Korea, Malaysia und Thailand über Leistungsbilanzüberschüsse, die sie bis heute fast durchgehend halten konnten. Ähnlich sieht die Entwicklung in Lateinamerika nach 1998 aus (verzögert in Argentinien).

Dieses Setzen auf Außenhandelsüberschüsse kann natürlich nur funktionieren, wenn es auch Defizitländer gibt. In diese Rollen begaben sich vornehmlich die USA, Großbritannien und Spanien sowie nach der Euro-Einführung langsam, aber stetig Frankreich und Italien.

Saldenmechanisch sind Außenwirtschaftsüberschüsse immer auch Ersparnisüberschüsse, die letztlich im Ausland angelegt werden. Damit bergen diese Überschüsse immer die finanzielle Gefahr, zum Verlustträger in Finanzkrisen zu werden.

Systematische Außenhandelsungleichgewichte können nur funktionieren, wenn es gelingt, den ungleichen Warenströmen einen gleichgerichteten Refinanzierungsstrom gegenüberzustellen. Das heißt, dass Deutschland

z.B. den USA nicht nur seine Waren verkauft, sondern den US-Amerikanern aus den Handelsüberschüssen auch noch die Kredite gewährt, mit denen die USA die deutschen Waren kaufen. Während die Warenströme als Stromgrößen Jahr für Jahr durch investiven oder konsumtiven Verbrauch wiederholt werden, gestalten sich die Kreditbeziehungen als Bestandsgrößen kumulativ, d.h. sie verschwinden nicht, sondern wachsen als Überschuss oder Defizit stetig an. Da Kredite zudem verzinst werden, verstärkt die Zinsdynamik diese kumulative Scherenbewegung.

Über kurz oder lang muss diese Gläubiger-Schuldner-Beziehung entweder durch einen umgekehrten Waren- und Finanzstrom abgebaut werden, oder Finanzkrisen entwerten die Kreditforderungen der Leistungsbilanzüberschussländer (z.B. US-Subprime-Krise oder Umschuldung Griechenland) (Windels 2010).

Theoretisch müssten bei freien Wechselkursen durch Auf- und Abwertungen die Anreize zur Nivellierung der Außenhandelssalden gegeben sein. Sind sie aber offenbar nicht. Verschiedene Störungen, wie Wechselkursmanipulationen der Regierungen zur Förderung des Exports oder zur Lenkung der Kapitalströme, Währungskoppelungen (an USD oder EUR) oder finanzmarkt-immanente Störungen durch selbstverstärkende Erwartungsbildungen (Aufwertungserwartung führt zu Währungskäufen, die Aufwertungen auslösen und diese Erwartungen verstärken) bis hin zu Sonderbewegungen von Leitwährungen oder Stabilitätsankern (z.B. USD, DEM/EUR, CHF), verhindern diese Ausgleichsbewegungen. Zahlungsbilanzstörungen nehmen trotz flexibler Wechselkurse (vielleicht auch wegen dieser) seit dem Zusammenbruch des Fix-Kurs-Systems von Bretton Woods zu.

Das Wachstum der internationalen Handelsströme und die Leistungsbilanzungleichgewichte bilden damit eine realwirtschaftliche Basierung der internationalen Finanzströme. Die kumulative Wirkung der Verschuldung, die Zinseszins-Dynamik und die oft beobachtbaren Eigenheiten von Finanzassets, sich in ihrer eigenen Sphäre zu verselbstständigen (Vervielfältigung mittels

Derivaten und (Wieder-)Verbriefungen), treiben in der Tendenz zu immer größer werdenden Finanzkrisen. Zumal wenn sie auch noch durch Financial Engineering, erweiterte Kreditschöpfungshebel und expansive Geldpolitik befeuert werden.

4. Wer steuert? – Konjunktur und Makroökonomische (Un-)Gleichgewichte

4.1 Stabilität, Selbststeuerung und Kontrollverluste

Bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007 hatte die Idee der unsichtbaren Hand oder der Selbstregulation der Märkte den wirtschaftspolitischen Dialog beherrscht bzw. aufgelöst. Die Krise machte die Naivität dieser Hypothesen schlagartig offenbar. Doch wenn der Markt sich nicht selbst steuert (jedenfalls nicht dauerhaft und in allen Bereichen), wer stabilisiert den ökonomischen Prozess?

Konjunkturtheorie

Konjunkturelle Wellen sind dem Kapitalismus eigen. Selbstverstärker, volkswirtschaftlich auch Akzeleratoren oder – neuregulatorisch – prozyklische Kräfte genannt, beschleunigen im Aufschwung das Wachstum und im Abschwung die Kontraktion bis zur jeweiligen Trendwende. Während sich die Selbstbeschleunigungen ganz gut erklären lassen, sind die Trendwenden ein nicht ganz so eindeutig festzumachendes Gemisch aus steigender/sinkender Inflation, steigenden/sinkenden Löhnen, entsprechenden Leitzinsen und Erwartungsänderungen der Wirtschaftssubjekte mit Konsequenzen für deren Investitions- und Konsumverhalten. Systemisch stören diese Zyklen den Wohlfahrtsaufbau und bedrohen das Kapital mit Konkursen und Abschreibungen sowie die Arbeit mit Arbeitslosigkeit und (Real-)Lohnsenkungen. Umgekehrt liegt aber der systemische Nutzen der Zyklik in einer Regelkorrektur der dynamischen Entwicklung

von Wachstumsmärkten mit steigender Verschuldung und steigenden Renditen sowie Löhnen und im Abschwung mit dem Abbau von unzureichend profitablen Kapital und von Beschäftigungen sowie entsprechendem Abbau von Überschuldungen.

Theoretisch und politisch gab es immer wieder die Versuche, diese wirtschafts- und sozialpolitisch unerwünschten Schwankungen durch Gegenmaßnahmen zu glätten, zu verringern oder zu vermeiden.

Keynes contra Friedman

Mit den Erkenntnissen von John Maynard Keynes aus der Weltwirtschaftskrise 1929 ff. wurde bereits in den 30er Jahren Antikrisenpolitik betrieben. In der Nachkriegszeit wurden globale (UNO, Weltbank, IWF) und nationale Institutionen geschaffen, die angesichts der verheerenden Wirkungen des Krieges auf Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ausgerichtet waren. Die Weltbank sollte die Entwicklung fördern. Der IWF sollte Zahlungsbilanzstörungen im Festkurssystem vermeiden bzw. managen. Sozialversicherungssysteme und sozialpolitische Institutionen, finanziert durch relativ höhere Steuern und Abgaben, bis hin zu Staatsbetrieben, Gewerkschaften und Mitbestimmungsrechten zielten auf Stabilität und die Vermeidung von Krisen und Schocks. Mittels antizyklischer Nachfragepolitik brachte man in den 60er Jahren vermeintlich auch die Konjunktur unter Kontrolle.

Der Niedergang dieses stabilen, aber recht starren Systems in den 70er Jahren mit Wechselkursspannungen und steigender Staatsverschuldung ging einher mit dem Aufschwung des Monetarismus. Dieser setzte auf die marktwirtschaftliche Selbstregulation, nationale und internationale Liberalisierung und wirtschaftspolitisch wesentlich auf eine verstetigte, aber wirksame Geldpolitik. Die stabilitätspolitischen Institutionen wurden zugunsten wirtschaftlicher Dynamik abgebaut.

Mit der New Economy glaubte man an dauerhaft hohes, inflationsfreies Wachstum und nach dem Börsen einbruch 2000/2001 glaubte man mit der Antikrisenpolitik der Fed das Mittel zur Beseitigung der konjunkturu-

Die Krise machte die Naivität der Idee der unsichtbaren Hand offenbar. Doch wenn der Markt sich nicht selbst steuert, wer stabilisiert den ökonomischen Prozess?

rellen Zyklus gefunden zu haben. Dieser monetär verursachte Traum immerwährender Prosperität währte hingegen nur kurz. Zwar gelang es der Geldpolitik, die Wachstumsraten in den USA erstaunlich schnell wieder zu stabilisieren und vordergründig zu steigern. Auch waren die Inflationsraten angesichts der hohen Wirtschaftsdynamik in neuen und alten Sektoren seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre erstaunlich niedrig.

Aus heutiger Sicht erscheint diese makroökonomische Stabilisierung aber eher als Taschenspielertrick. Angesichts offener, wettbewerblicher Waren- und Dienstleistungsmärkte waren die Preissteigerungsspielräume der Unternehmen stark begrenzt. Der monetäre Überhang fand hingegen seinen Ausdruck in der Überschuldung der Sektoren (Haushalte, Unternehmen, Staat) auf der einen Seite und in der Blasenbildung diverser Assetmärkte (Aktien, Immobilien, Anleihen, Strukturierter Produkte, Rohstoffe, Derivate etc.) auf der anderen Seite.

Politisch ging diese Entwicklung einher mit der Kapitulation der öffentlichen Institutionen (z.B. Bankenregulation) vor der marktwirtschaftlichen Selbststeuersillusion.

Fatale Finanzmärkte: Positive Rückkoppelung

Das Fatale an dieser Verlagerung der inflationären Wirkung von den realwirtschaftlichen in die finanzwirtschaftlichen Märkte ist das fehlende Korrektiv der Geldentwertung mit entsprechend kontraktiven Wirkungen auf den Konjunkturzyklus und damit der Einleitung einer immanenten negativen Rückkoppelung, konstitutiv für einen Selbstregulationsmechanismus. Steigende Assetpreise erzeugen nicht den Eindruck von Verlusten, sondern vermitteln im Gegenteil den Eindruck, reicher geworden zu sein, und erzeugen einen positiven Vermögenseffekt (Bezemer 2012).

Dieser wiederum wirkt positiv auf Konsum, Verschuldung und Wachstum, mithin also ein prozyklischer oder positiver Rückkoppelungseffekt. Dies erklärt die niedrigen Inflationsraten und die hohen Wachstumsraten der finanziell stimulierten US-Ökonomie.¹¹

Systemisch brauchen funktionierende Märkte negative Rückkoppelungen. D.h., jede Bewegung schafft Kräfte ihrer Limitierung. Dies ist essenziell zur Selbststabilisierung der Marktentwicklung. Konkret: Steigende Preise verringern die Nachfrage und begrenzen damit die Fähigkeit, Preissteigerungen durchzusetzen. An Finanzmärkten sind aber positive Rückkoppelungsprozesse nicht selten. Diese führen zu explosionsartigen Wachstums- oder Schrumpfungsprozessen. Zum Beispiel: Steigende Aktienpreise bestärken die Erwartungen der Marktteilnehmer auf steigende Kursgewinne und führen zu weiteren Aktienkäufen, was die Preise und die Erwartungen weiter treibt. Bis zum Platzen der Blase. Dieses beobachtbare Finanzverhalten (financial behaviour) ist mikroökonomisch vernünftig, makroökonomisch fatal. Was aber tun auf der Ebene der Steuerung?

Wenn, wie in der jetzigen Finanzmarktkrise geschehen, die Spekulation die Produktion dominiert¹² und nach Schocks auch noch „keynesianische Unsicherheit“¹³ hinzutritt, haben wir es reihenweise mit Attentismus-Problemen (Käuferstreik) zu tun, aus der Preisreaktionen des Marktes keinen Ausweg finden. Die folgenden Mengenreaktionen des Marktes, mit Konkursen und steigender Arbeitslosigkeit, verstärken sich erst spiralförmig selbst und kommen dann am Boden einer irgendwie gearteten autonomen Nachfrage (Grundbedürfnisse) zum Halten. Dieser Boden kann aber tief liegen und mit Keynes' berühmtem Hinweis beantwortet werden: „In the long run, we are all dead“ (Keynes 1923). Zur schnelleren Auflösung dieser Schockstarre empfiehlt

¹¹ Nebenbei sei hier auf die offenbare Wirksamkeit der Geldillusion in diesem Praxisbeispiel hingewiesen.

¹² „Spekulation mag unschädlich sein, als Blase auf einem steten Strom der Produktion. Es wird aber gefährlich, wenn die Produktion zur Blase auf einem Strom der Spekulation wird.“ Keynes, John Maynard; Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, zitiert nach der 11., erneut verbesserten Auflage 2009, S. 135.

¹³ „Unsicherheit ist der zentrale Begriff der keynesianischen Ökonomie. (...) Zur Bewältigung der Unsicherheit greifen die Menschen auf Konventionen zurück. (...) Wenn ein Schock die Konventionen ins Wanken bringt, schlägt die Stunde des Herdentriebs.“ Robert Skidelsky, Die Rückkehr des Meisters – Keynes für das 21. Jahrhundert, München 2009, S. 159, s. auch S. 134 ff. Island, Lehman und Griechenland sind die Schocks der aktuellen Krise.

sich eine makroökonomische Intervention des Staates.¹⁴

Dies ist die Lehre der Wirtschaftspolitik aus 1929 und kam in der jetzigen Krise zur Anwendung. Die Kumulation der geldpolitisch verschobenen Anpassung der US-Volkswirtschaft tobte sich bis 2007 auf den Haupt- und Nebenmärkten der US-Immobilien aus. Die Dimension der seit Frühjahr 2007 platzenden Immobilienblase war dann aber so groß, dass sie die Bilanzen von US-Versicherungen und von Banken in den USA und in Europa zerriss und anschließend die Weltwirtschaft insgesamt in eine tiefe Rezession stürzte (schockartiges Aussetzen von Investition und Konsum reduziert Nachfrage; platzende Kredite, Kurskorrekturen an den Finanzmärkten und Konkurse sind die realwirtschaftliche Redimensionierung der Volkswirtschaft) (Bezemer 2012, S. 24).

Nur unter Rückgriff auf Staatsstützungsprogramme und unter weiterer Verstärkung der expansiven Geldpolitik in bislang ungekannter Größe und mit neuen Instrumenten konnte eine massive Abwärtsspirale wie nach 1929/31 abgewehrt werden. Gleichwohl ist allen Beteiligten bewusst, dass die Instrumente der Rettung nicht die Instrumente der Stabilisierung sein können.

Während die Europäer mit vergleichsweise zurückhaltender geldpolitischer Expansion, der Neuformulierung der Bankenregulierung und der Einleitung der fiskalischen Konsolidierung sich (vielleicht verfrüht) auf den Weg einer restriktiven Stabilisierung gemacht haben, steht diese in den USA und auch in Japan noch aus.

4.2 Makroökonomische Steuerung

Ausgangshypothese: Ein Teil der Finanzmarktkrise resultiert aus überschießendem Realkapital (in Abgrenzung

zu Kapital aus einer übertrieben expansiven Geldpolitik oder den Gewinnen rein inflationärer Kursanstiege¹⁵), das keine (hinreichend verzinste) Verwendung als Realinvestition sucht (in Unternehmen, die verkaufsfähige Güter und Dienste produzieren), sondern dank spekulativer, geld- oder kreditpolitischer Übertreibungen seine Verzinsung in vermeintlich lukrativeren Finanzinvestments sucht. Diese Finanzmärkte lösen sich periodisch vom realen Wachstum, z. B. des Bruttoinlandsprodukts, ab und werden nach einer kürzer oder länger währenden Finanzakkumulation unsanft über konjunkturelle oder Finanzmarktkrisen auf den Boden der realen Produktion zurückgeholt (bei Währungen z. B. auf die mittelfristig gültige Kaufkraftparität).

Grundsätzlicher erscheint das Problem einer Makrosteuerung hinsichtlich der Gleichgewichte zwischen Kapitalbildung und Konsum, Ersparnisbildung und Einkommensverteilung. Auch kann das Prosperitätsmodell, oder ökonomisch ausgedrückt: ‚die Produktionsfunktion‘ einer Volkswirtschaft durch Veränderungen in den grundsätzlichen Potenzialen (Bildung, Technologie) anders ausgerichtet werden. So könnte z. B. die Energieverwendung in Deutschland mit der Schaffung eines entsprechenden Rechtsrahmens einen Umrüstungsboom auslösen, der Investitionskapital von Finanzinvestments auf Realinvestments lenkt.

Zwei Steuerungsfragen bieten sich an:

1. Liefert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage genug Potenzial, um die gesamtwirtschaftliche (nationale?) Ersparnis (national?) zu investieren?
2. Bieten die realwirtschaftlichen Investitionen eine ausreichende Rendite im Vergleich zur Finanzinvestition?

¹⁴ Wirtschaftstheoretisch und -politisch wesentlich ist, dass man rational und marktimmun in einer mikroökonomischen Sackgasse landen kann. Nachdem Zweifel an der Zahlungsfähigkeit Griechenlands im Februar 2010 aufkamen, handelte jeder Investor, der Griechen-Anleihen verkaufte, rational. Das Ausbleiben der Käufer trieb das Zinsniveau, das wiederum das Konkursrisiko steigen ließ usw. Selffulfilling Prophecy oder positive Rückkoppelung, die erst durch die Käufe der EZB und die Rettungsprogramme der Euro-Staaten beendet werden konnte.

¹⁵ Letzteres wiederum bedingt hier die werttheoretisch wichtige Existenz eines spekulativen und eines objektiven Realwerts von Gütern und Dienstleistungen. Auch dies ist eine fundamentale Problematik der Mainstream-Ökonomik, die marktopportunistische oder fehlende Werttheorie. Der praktische Effekt dieses „Details“: Während die einen die Identifizierung einer finanziellen Blase für schwierig halten, gehen die anderen von einer prinzipiellen Unmöglichkeit aus. Diese Differenz birgt Basisdissense in der Formulierung beispielsweise einer makroprudentiellen Aufsicht über die Finanzmärkte.

Im keynesianischen Modell ist der Konsum abhängig vom Einkommen, mit unterproportionalem Zuwachs (Konsumquote < 1). Die Investitionen zur Absorption der Ersparnisse sind abhängig von der Gesamtnachfrage. Damit ergibt sich ein systematisches Problem. Mit steigendem Wohlstand steigt die absolute Ersparnis, ohne dass das Nettoinvestitionsbedürfnis in gleicher Weise steigt. Die Überschusserparnis stellt das Mittel für Finanzinvestitionen ohne nachhaltige Wertschöpfung dar. Während sich die einen in den Export stürzen und zusätzliche Investitionen für steigende globale Marktanteile benötigen, bemühen andere Volkswirtschaften die private Verschuldung, um mit aus der Zukunft geliehenem Einkommen das Wachstum hoch zu halten und die Überschussproduktion und -ersparnis zu binden.

Noch mehr Dynamik erhalten diese Betrachtungen, wenn man mit dem Einkommen steigende Sparquoten unterstellt sowie Verteilungsfragen (Einkommen, Vermögen) hinzunimmt. Natürlich haben Verteilungsstrukturen ökonomische Wirkung auf Höhe und Struktur von Konsum und Investition.

Die Ergänzung des Modells um staatliche Aktivitäten bietet Ansätze für eine Stabilitätspolitik mit der Steuerung makroökonomischer Gleichgewichte (Absorption der Ersparnis durch Steuern oder Staatsschulden, (Um-)Verteilungspolitik). Diese makroökonomischen Steuerungsfragen erhalten mit dem Scheitern der Marktsteuerung neuen Raum in der ökonomischen Diskussion.¹⁶ Das Was, Wie und vor allem Wer ist zu beantworten.

Allein die Fragen, wie die öffentlichen Aufgaben unter dem Regime der Haushaltskonsolidierung finanziert werden sollen (Steuererhöhungen?) oder wer bei einem wirklichen Schuldenabbau in der EU die notwendige Ersparnis des Staates absorbieren soll (Konsum, Investition, Export?), sind zeitnah und wachstumswirksam zu beantworten.

tion, Export?), sind zeitnah und wachstumswirksam zu beantworten.

5. Regulation¹⁷

Die mit dem Namen Reagan und Thatcher verbundenen Deregulationsinitiativen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene haben zu einem massiven Abbau der Regulation geführt. Neben freigesetzten wachstumstreibenden, marktwirtschaftlichen Kräften hat dies auch Sicherheitszäune niedergerissen, die in mancher Krise seitdem vermisst wurden. Nach dem Ausbruch der aktuellen Finanzmarktkrise Mitte 2007 ist die Marktgläubigkeit, nach der der Markt zu gesellschaftspolitisch und ökonomisch optimalsten Ergebnissen führt, schwer erschüttert. Die reinen Marktergebnisse haben hier zu Fehlallokationen, systemischen Risiken, sozialen Ungleichgewichten und instabilen Verhältnissen geführt. Die Suche nach einer besseren Regulation für die Finanzmärkte hat begonnen.¹⁸ (Holm 2012)

Dabei ist die Frage wesentlich:

1. Waren es nur handwerklich-politische Mängel der Regulation, die die Krise begünstigten?
2. Oder gibt es auch systematische Gründe für das Versagen von noch gestern funktionierenden Regeln?

Seit geraumer Zeit wird behauptet, dass die fordistische Massenproduktion sich dem Ende zuneigt. Ein Mangel an entsprechender Anpassung überkommener Institutionen, die dieser Massenfertigung folgte, z.B. im Bildungssystem oder der Verwaltung, und die Unklarheit

¹⁶ Auf weitergehende Fragen der marktlichen Eigendynamik bei Einkommensverteilungen (Tendenzen der Monopolbildung bei Unternehmen durch technologische Monopolrenten, economies of scale und Konzentration der Ersparnisse des Unternehmenssektors in Großunternehmen und deren Verwendung, Einkommensentwicklungen durch ungleiche Durchsetzungschancen von Lohn- und Gehaltssteigerungen z.B. für Management und leitende Angestellte oder durch Fachgewerkschaften für Ärzte, Piloten oder Lokführer) sowie politisch motivierte Einkommensverschiebungen sei hier nur verwiesen. Zu Fragen ungleicher Einkommensverteilungen, z.B. OECD, *Divided We Stand – Why Inequality Keeps Rising*, Dezember 2011, s. www.oecd.org

¹⁷ Überblick und Einführung: Hübner, Kurt; *Theorie der Regulation*, Berlin 1989.

¹⁸ Zur Regulation der Banken nach der Krise siehe z.B. den Aufsatz von Dr. Hinrich Holm in diesem Heft.

über das nachfolgende Prosperitätskonstrukt lässt den Regulationsaspekt als bislang ungelösten Suchprozess der nach-fordistischen Ära erscheinen (Kern & Schumann 1984, Piore & Sabel 1985, Womack et al. 1991, Lutz 1989, Lutz 1996).

Aus dem Blickwinkel einer Bank kann von einem Mangel an Regulation kaum gesprochen werden. Die Menge an gesetzlichen Regelungen und Bilanzvorschriften konnte bislang aber nicht das Problem einer effektiven Finanzmarktregulierung lösen. Dies erscheint nicht nur als ein Problem der Finanzmärkte. Immer mehr fallbezogene Einzelregelungen bringen bürokratischen Prüfaufwand in den betrieblichen Alltag und behindern unternehmerische Such-/Risiko- und Effizienzstrategien. Da zudem die einzelfallbezogene Regulierung die Prozesssicherheit nicht erhöht, sondern im Dickicht widersprüchlicher Regelungen sich selbst gefangen zu nehmen scheint, ist hier dringend die Rückkehr zu einem prozessbezogenen Regelkreis zu empfehlen (Börsenzeitung 2012).

Die neue Grundlage der postfordistischen Wertschöpfung liegt, wie industriesoziologisch bemerkt, in einer deutlich stärkeren Wissensbasierung.¹⁹ Dabei ist es wahrscheinlich, dass die Bereiche der öffentlichen (Schulen, Hochschulen, öffentliche Forschungseinrichtungen) und der privaten Wissensproduktion (Anwendungs-/Auftragsforschung, Aus- und Weiterbildung, private Schulen/Hochschulen) stärker in Wechselwirkungen treten als bisher. Innovative Netzwerke und Wissenscluster von Spezialisten in öffentlichen oder privaten Institutionen oder Privatpersonen werden demnach an Bedeutung gewinnen. Diese neuen Organisationsformen werden dabei mutmaßlich mehr auf Kooperation denn auf Wettbewerb setzen. Produktivitätsvorteile offener Systeme gegenüber proprietär abgeschlossenen Systemen bringen aber neue Herausforderungen für die Definition und Formulierung von Eigentumsrechten und Verträgen mit sich. In Kombination mit der Krise der fordistischen Regulation ist die Definition eines neuen Rahmens erforderlich, der die Freiheitsgrade der wertschöpfenden, innovativen Akteure stärkt und nicht behindert. Dass dies nicht einfach ein Deregulationsprozess sein kann, sondern eine nicht unkomplizierte Mischung aus Sicherungen des öffentlichen Raums (z.B. Vermeidung von Finanzkrisen), und der Öffnung erwünschter Innovationsräume sein muss, sollte klar sein.

Dabei dürfte der ordnungspolitischen Diskussion, eine klassisch deutsche Domäne, um die Zusammenführung von Risiko, Gewinn und Verantwortung sowie immanenten Anreizen zur Vermeidung schädlichen Verhaltens eine zentrale Bedeutung zukommen. Insbesondere sind positive Rückkoppelungsprozesse, wie sie in der letzten Krise vielfach aufgetreten sind und die Märkte sowie ihre Regulatoren vor erhebliche Probleme gestellt haben, durch entsprechende regelgebundene Sys-

teme, aber im Notfall auch durch einzelne Interventionen zu ordnen.

Im Bankbereich muss die Rückkehr zum Wettbewerb (Beschränkung der Betriebsgröße zur Vermeidung monopolistischer und vermachteter Märkte) und zu Informationssymmetrien (Vermeidung von Insiderwissen, Handel über regulierte Märkte, Transparenz für Aufsicht und Wettbewerb) den (realwirtschaftlich nützlichen) Innovations- und Suchprozess wieder stärken.

6. Fazit

Die Finanzmarktkrise hat den Kapitalismus an den Rand seiner Existenz geführt. Sie hat die staatliche Handlungsfähigkeit durch die Intervention des Steuerzahlers in einer Weise herausgefordert, die die Diskussion einer gerechten Lastenverteilung noch weiter andauern lassen wird. Die Finanzmarktkrise hat zudem die Gefahr rein finanzieller Wachstumsprozesse offenbart und erfordert nun eine dringende Anbindung der virtuellen Finanzwelten an real nützliche Welten. Die Frage nach einer neuen Ordnung in der Ökonomie ist auf verschiedenen Ebenen zu beantworten, durch die Wissenschaft und auch durch die Politik sowie die Wirtschaft.

Dabei ist es kein Geheimnis, dass komplexe Regulierungen mehr Spielräume zur Umgehung bieten als einfache Systeme. Die Suche nach einer neuen „Prosperitätskonstellation“ ist selbst ein nicht vordefinierter Suchprozess. Die besseren Rahmenbedingungen schaffen die besseren Wachstumsbedingungen. Neben Dynamik ist Sicherheit und Stabilität stärker zu betonen. Diese Fragen offen und experimentell zu gestalten, sollte allen ein kooperatives Anliegen sein.

¹⁹ Z.B. NORD/LB; Wissensökonomie; RegioPol Ausgabe 2, 2008; NORD/LB; Urbane Zukunft in der Wissensökonomie; RegioPol Ausgabe 8, 2011.

Quellen:

- Bezemer, Dirk J. (2012): Finance and Growth: When Credit Helps, and When it Hinders, Conference Paper, Conference „Paradigm Lost: Rethinking Economics and Politics“, Berlin, April 12–15, 2012. Institute for New Economic Thinking (INET).
- Binswanger, Mathias (2012): Wie die Uni-Ökonomen versagen – die Theorie der Prostitution als Mahnmal; <http://oekonomenstimme.org/a/309/>, Zugriff April 2012.
- Bofinger, Peter (2012): „Diese Micky Maus-Modelle sind realitätsfern“. In: Financial Times Deutschland, 05.04.2012.
- Börsenzeitung (2012): „Wenn Bilanzierungsnormen den Blick aufs Geschäft verstellen“, Börsen-Zeitung 30.03.2012.
- FAZ (2010): Die Währungsunion am Scheideweg, FAZ 14.05.2010.
- Francke, Hans-Hermann (2008): Die Immobilienkrise in den USA – Ursachen und Konsequenzen für das globale Finanzsystem. In: Kredit und Kapital 1/2008.
- Frey, Bruno S.; Osterloh, Margit (2012): Rankings. Unbeabsichtigte Nebenwirkungen und Alternativen, <http://oekonomenstimme.org/a/320/> vom 17.02.2012.
- Gischer, Horst; Herz, Bernhard; Menkhoff, Lukas (2011): Geld, Kredit und Banken: Eine Einführung. Berlin.
- Holm, Hinrich (2012): Transformation im Finanzsektor, In: RegioPol 1+2/2012, S. 25 – 41.
- Hübner, Kurt (1989): Theorie der Regulation. Berlin.
- Hüther, Gerald (2010): Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn. Göttingen.
- Kern, Horst; Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? München.
- Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin, 2011. 11. Auflage.
- Lutz, Burkart (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt a.M.
- Lutz, Burkart (1996): Produzieren im 21. Jahrhundert; Band 1, Frankfurt a.M.
- NORD/LB (2009): Die Krise, RegioPol 2/2009. Hannover.
- Piore, Michael; Sabel, Charles (1985): Das Ende der Massenproduktion. Berlin.
- Power, Bertrand Russel (1938): A New Social Analysis. London.
- Schumpeter, Josef (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin, Nachdruck 2006.
- Sedláček, Tomáš (2012): Die Ökonomie von Gut und Böse. München.
- Sedláček, Tomáš (2012): Wir müssen Stabilität kaufen. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 07.04.2012.
- Skidelsky, Robert (2009): Die Rückkehr des Meisters – Keynes für das 21. Jahrhundert, München.
- Straubhaar, Thomas (2012): Das Dogma des Publish or Perish führt in die Irre. In: FTD.de vom 19.03.2012.
- Windels, Torsten (2009): Weltwirtschaftskrise 2009 – Interpretation und weitergehende Herausforderungen. In: RegioPol 1/2009.
- Windels, Torsten (2010): Überschüsse und Ersparnis: Was tun mit all dem schönen Geld? In: Lange, Joachim (Hg.), Aus dem Gleichgewicht? Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht und die Lehren der Krise für die deutsche Wirtschaftspolitik. Rehbürg-Loccum.
- Womack, James P.; Jones, Daniel T.; Roos, Daniel (1991): Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Frankfurt a.M.